

LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern



■ Aktuell

Wirtschaft stärken –
Investitionen sichern

■ Unterstützung

Werften-Darlehen
des Landes

■ Debatte

Chancen des Alters
nutzen

■ Demokratie

Freiwilliges Soziales Jahr
im Landtag

■ Urahn

Niklot und die
mecklenburgischen
Herzöge

■ Glücksbringer

Sternsinger im Landtag



28. Januar
1 / 2009

Seite 3

Spezial

Freiwilliges Soziales Jahr
in der Demokratie

Aus dem Plenum

Seiten 4 – 5

Aktuelle Stunde:

Wirtschaft stärken –
Investitionen sichern.
10-Punkte-Programm der
Landesregierung für Wirtschaft
und Kommunen

Seiten 6 – 9

Weitere Themen:

Keine Zweitwohnungssteuer
für Gartenlauben
Kommunalfinanzen
Schuldner- und Insolvenzberatung
Konzept für Landwirtschaft

Seiten 10 – 16

Auszüge aus der Debatte:

Chancen des Alters nutzen –
Infrastruktur an veränderte
Bedürfnisse anpassen

Seiten 17 – 18

Aus den Ausschüssen**Finanzausschuss:**

Landes-Darlehen für Werften

Enquetekommission:

Kriterien für Kreisfreiheit

Europa- und Rechtsausschuss:

Unterrichtungsfahrt JVA Neustrelitz
und Staatsanwaltschaft
Neubrandenburg

Seite 19

Schlossgeschichten

Was Slawenfürst Niklot mit den
mecklenburgischen Herzögen
zu tun hat

Seite 20

Sternsinger-Empfang im Landtag

Titelbild (Jens Büttner)

Das Schweriner Schloss von Süden

Impressum

Herausgeber: **Landtag Mecklenburg-**

Vorpommern

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker, www.uwe-sinnecker.de

Druck: cw Obotritendruck.de

Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgrün-
den haben wir bei der Bezeichnung von Men-
schengruppen manchmal nur die männliche
Form verwendet. In solchen Fällen ist die weib-
liche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht in jedem Fall die Meinung des Heraus-
gebers wieder. Alle Abbildungen sind urheber-
rechtlich geschützt. Nachdruck nur mit
schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos
bezogen werden. Bestellungen sind an den
Herausgeber zu richten.

Milliarden- Wettstreit



Foto: Hans-Dieter Hentschel

■ **Hilfsprogramme haben Konjunktur:** Eine 480-Milliarden-Rettungsschirm vom Bund für die schwächelnden, in den Jahren zuvor aber Rekordgewinne schreibenden Banken. Dazu legt Berlin ein Konjunkturprogramm nach dem anderen auf und macht insgesamt 80 Milliarden Euro locker. Schwerin schiebt noch ein Zehn-Punkte-Paket für die bedrohte Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern nach – 60 Millionen Euro Sofortkredit für die angeschlagenen Wadan-Werften in Wismar und Warnemünde, Investitionshilfen für Unternehmen, zusätzliches Geld für Kommunen. Und Ministerpräsident Erwin Sellering hält gar ein drittes Konjunkturprogramm für möglich – Deutschland im Milliarden-Wettstreit.

Die Krise hat Mecklenburg-Vorpommern längst erreicht: Noch stehen Tourismus, Land- und Ernährungswirtschaft zwar gut da. Doch: Finanzprobleme auf den Werften, Produktionsstillstand im größten Sägewerk, der erste Autozulieferer pleite, Kurzarbeit im Hafen – die Meldungen der letzten Wochen geben einen Vorgeschmack auf das bevorstehende Jahr. Gemessen an der aktuellen Geschäftslage wehren sich die meisten Unternehmer und Landespolitiker zwar noch, von Krise zu sprechen. Experten mögen Recht haben, dass die kleinteilig strukturierte Wirtschaft den konjunkturellen Aderlass besser verkraften kann als Regionen, die von wenigen Großunternehmen abhängig sind. Was für das Land jahrelang ein Nachteil war, könnte jetzt von Vorteil sein. Und doch wird es Mecklenburg-Vorpommern nicht schützen. Bei allem Optimismus dürfte klar sein: Der bevorstehende, gefährlichste Abschwung seit Jahrzehnten, der, wie Fachleute inzwischen befürchten, zu einer der schwersten Wirtschaftskrisen in der deutschen Nachkriegsgeschichte führen kann, wird auch um Mecklenburg-Vorpommern keinen Bogen machen. Die Hilfspakete werden nicht verhindern, dass die in den letzten Monaten glänzende Arbeitsmarktbilanz,

Torsten Roth (44) ist Wirtschaftsredakteur bei der Schweriner Volkszeitung.

mit Bestmarken wie es sie seit den 90er-Jahren nicht mehr gegeben hat, Flecken bekommt, Frauen und Männer ihren Job verlieren, Marktanteile verloren gehen und Unternehmen zum Amtsgericht gehen müssen.

Und doch ist es ohne Alternative, in der von der Wirtschaft selbst verursachten Krise eben dieser Wirtschaft unter die Arme zu greifen. Vertrauen in die Wirtschaft, Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik, in die Zukunft, darauf kommt es in der Krise an. Nur wenn es gelingt, verloren gegangenes Vertrauen einigermaßen zurückzugewinnen, könnten sich die jetzt ausgegebenen Milliarden der Steuerzahler für sie selbst und die angeschlagene Wirtschaft auch wieder bezahlt machen, dann wird investiert und gekauft. Und dennoch sind Zweifel erlaubt, ob von den Steuersenkungen, vom Kinderzuschlag, der Senkung der Krankenkassenbeiträge oder der Abwrackprämie für Altfahrzeuge tatsächlich Nachfrageimpulse ausgehen.

Ob die Konjunkturpakete wirklich in der Wirtschaft zumindest für ein wenig Schwung sorgen können, wird entscheidend davon abhängen, ob die bei den Bürgern, bei den Unternehmern, bei Kommunen und Steuerzahlern geschürten Erwartungen erfüllt werden können und das Paket rasch und vor allem unbürokratisch umgesetzt wird. Steuerzahler, Kommunen, Unternehmer müssen wissen, worauf sie sich einstellen können. Alles andere würde ihre Verunsicherung noch weiter erhöhen. Schnelle, verbindliche Entscheidungen – daran werden sich die Hilfsprogramme des Bundes und des Landes messen müssen.

Torsten Roth

Demokratie lernen

Landtag bietet erstmals Freiwilliges Soziales Jahr für fünf junge Leute

Simon Praetorius hat einen weiten Weg auf sich genommen, um Demokratie „zu lernen“. Der 19-Jährige stammt aus einem kleinen Dorf bei Schwäbisch-Hall (Baden-Württemberg) und absolviert seit September sein „Freiwilliges Soziales Jahr“ im Landtag. Mecklenburg-Vorpommern bietet in diesem Jahr erstmals 23 jungen Leuten die Möglichkeit, in verschiedenen Einrichtungen zwölf Monate lang zu erfahren, wie Demokratie funktioniert.

Allein der Landtag hat fünf junge Leute aufgenommen. „Das Freiwillige Soziale Jahr in der Demokratie gewährt Jugendlichen einen Einblick in viele verschiedene Bereiche unserer Gesellschaft. Es ist mir ein Anliegen, dass junge Menschen Demokratie unmittelbar erleben und begreifen“, sagte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider.

Simon Praetorius ist bei der Suche nach einer sinnvollen Beschäftigung zwischen Abitur und Studium im Internet auf die entsprechenden Seiten gestoßen. Das Angebot als Alternative zu einer Zivildienststelle habe ihn gleich interessiert. Sein Vorstellungsgespräch war zugleich sein erster Besuch in Schwerin. „Bisher bin ich echt zufrieden“, lautet sein Fazit nach



Foto: Claudia Richter

Stefanie Radtke, Jens Parsieglä, Simon Praetorius, Anselm Vogler und Frithjof Röder (v.l.) leisten ihr Freiwilliges Soziales Jahr in der Demokratie im Landtag Mecklenburg-Vorpommern.

rund vier Monaten. Er aktualisiert die Internetseite „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“. Er reist mit dem Landtag „vor Ort“ – ein Projekt, mit dem das Parlament landesweit den Kontakt zu Bürgern sucht. Und beobachtet, wie die demokratischen Fraktionen im Parlament auf die NPD reagieren. „Eine völlig neue Erfahrung für mich“, gesteht er ein.

Was es in der Freien Wohlfahrtspflege und im Umweltschutz schon länger gibt, ist auf dem weiten Feld von Politik und Demokratie bislang kaum erprobt. Nach Sachsen-Anhalt ist Mecklenburg-Vorpommern erst das zweite Bundesland, das nun auch diesen Bereich im Freiwilligen-Jahr anbietet. 23 von insgesamt 25 möglichen Stellen wurden auf Anhieb besetzt.

Mit der Resonanz bei der Premiere ist Ira Ahl vom Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste e.V. (ijgd) zufrieden. Der Verein sucht Einsatzstellen, kümmert sich um die Finanzierung und betreut nun die Absolventen. „Die jungen Leute sind zwischen 17 und 22 Jahre alt und kommen sowohl aus Mecklenburg-Vorpommern als auch aus anderen Bundesländern“, erklärt sie. Sie arbeiten unter anderem im Rostocker Freizeitzentrum e.V., bei einer Gewerkschaft, in Kommunalverbänden sowie im Städte- und Gemeindetag – und eben im Landtag Mecklenburg-Vorpommern.

www.ijgd.de

Warum das FSJ im Landtag M-V?

Simon Praetorius (Landtagsverwaltung)
Das FSJ-D war eine von mehreren Optionen für die Ableistung meines Ersatzdienstes. Zwar hatte ich in Baden-Württemberg recht wenig vom Stuttgarter Landtag mitbekommen, allerdings war ich mir sicher, dass die Arbeit im Landtag M-V sehr spannend und abwechslungsreich sein müsse. Außerdem interessierte ich mich schon vorher für politische Themen, wollte die Politik jedoch einmal von Nahem erleben. Ein weiteres Argument für den Landtag M-V war natürlich auch dessen Sitz im Schweriner Schloss.

Frithjof Röder (Landtagsverwaltung)
Ich wollte meinen Zivildienst als Vorbereitung für meine spätere berufliche Laufbahn nutzen. Nach meinem FSJ-D würde ich gerne Deutsch- und Geschichtslehrer werden, alternativ Kulturmanagement oder Kulturwissenschaften

studieren. Das FSJ-D bietet die Möglichkeit, einmal hinter die Kulissen der Landespolitik zu schauen. Nach dem Vorstellungsgespräch habe ich mich für die Stelle im Baureferat der Landtagsverwaltung entschieden, weil sie am besten zu meinen Fähigkeiten und Interessen passt.

Anselm Vogler (Landtagsverwaltung)
Nach dem Abi wollte ich einerseits studieren, andererseits wollte ich eine praxisnähere Abwechslung nach zwölf Jahren Schule – auch um für die Wahl des Studienfaches Zeit zu gewinnen. Ich habe mich zum FSJ-D beim Städte- und Gemeindetag sowie im Landtag M-V beworben. Von beiden bekam ich eine Zusage. Ich entschied mich für das Schloss, weil ich hier die Landespolitik verfolgen kann und viele Dinge von Ausschuss bis Verwaltung besser verstehen lerne.

Stefanie Radtke (CDU-Fraktion)
Ich habe mich direkt für ein FSJ-D im Landtag beworben, da es meiner Meinung nach eine gute Chance für junge Menschen ist, sich mit Politik auseinander zu setzen. Da man als FSJler die Möglichkeit bekommt, an Landtagssitzungen etc. teilzunehmen, nimmt man Politik aus einer anderen Perspektive wahr, als wenn man das politische Geschehen nur in den Medien verfolgt.

Jens Parsieglä (SPD-Fraktion)
Mir war es besonders wichtig, vor dem Studium ein wenig Berufspraxis zu haben. Das FSJ ermöglicht mir, in Inhalte meines Studienwunsches Wirtschaftswissenschaften hinein zu schauen. Darüber hinaus interessiere ich mich sehr für Politik. Das FSJ-D bietet mir die einmalige Chance, einen Einblick in die Willensbildung eines politischen Gremiums zu bekommen.

Unter dem Schutzschirm des Bundes

Aktuelle Stunde mit erregter Wirtschaftsdebatte

■ Zu einem erregten verbalen Schlagabtausch führte die Debatte über die Landeshilfen für die Wirtschaft in der Aktuellen Stunde am 17. Dezember. Wenige Tage zuvor hatte das Land ein Zehn-Punkte-Programm verabschiedet, das Investitionshilfen für Unternehmen, das Vorziehen staatlicher Bau-Investitionen und zusätzliches Geld für die Kommunen vorsieht. Zusätzlich gewährt das Land den Wadan-Werften in Wismar und Warnemünde einen 60-Millionen-Euro-Sofortkredit. Während Redner der Regierungsfractionen SPD und CDU das Zehn-Punkte-Programm unterstützten, gab es Kritik von der Opposition. Das Thema „Wirtschaft stärken – Investitionen sichern. 10-Punkte-Programm der Landesregierung für Wirtschaft und Kommunen“ hatte die SPD-Fraktion beantragt.



Foto: Uwe Balewski

Rudolf Borchert (SPD)



Foto: Cornelius Kettler

Ministerpräsident Erwin Sellering



Foto: Uwe Balewski

Helmut Holter (DIE LINKE)

■ **Rudolf Borchert** (SPD) verwies auf die schlechten Prognosen für das Wirtschaftsjahr 2009. Die Politik müsse die Gefahren zur Kenntnis nehmen und entsprechend handeln, betonte der Abgeordnete. Mecklenburg-Vorpommern sei eines der ersten Bundesländer überhaupt, das mit flankierenden Maßnahmen das Bundesprogramm unterstützt. Im Mittelpunkt stünde die Unterstützung der Kommunen, die seiner Meinung nach „Lokomotiven der Konjunktur“ sind und dies auch bleiben müssen. „Ein eigenes Landeskonjunkturprogramm hält unsere Fraktion nach wie vor für nicht zielführend“, sagte der Politiker. „Viel besser und sachgerechter ist es, sich an dem angekündigten zweiten Konjunkturpaket der Bundesregierung adäquat zu beteiligen.“

„Wenn ein neues Paket kommt, werden wir das flankieren“, bestätigte Ministerpräsident **Erwin Sellering**. Zugleich warnte der Regierungschef vor „blindem Aktionismus“. Die Lage sei ernst, dürfe aber auch nicht dramatisiert werden. „Es geht um ganz gezielte Maßnahmen.“ Es gehe nicht darum, Unternehmen zu größeren Gewinnen zu verhelfen, sondern Arbeitsplätze zu sichern. Es müsse rasch gehandelt werden, „damit es keine Vertrauensspirale nach unten gibt“. Deshalb habe Mecklenburg-Vorpommern zur Begleitung des ersten Konjunkturprogramms des Bundes als eines der ersten Länder ein Programm zur Flankierung aufgelegt. Vor allem komme es aber auch darauf an, den Unternehmen im Land, die es nötig haben, unter dem Schutzschirm des Bundes zu helfen.

Der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, **Helmut Holter**, sagte, das Programm enthalte „viel Symbolik“. Das Konjunkturpaket des Bundes sei nur ein Päckchen, das selbst in konservativen Kreisen umstritten sei. Holter forderte unter anderem eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes II auf 435 Euro im Monat und die Einführung eines Mindestlohns, um die Binnennachfrage anzukurbeln. Zudem seien Infrastrukturprogramme nötig. Das Zehn-Punkte-Programm des Landes sei kein großer Wurf. „Wir brauchen ein gut ausgestattetes eigenständiges Paket“, um auch auf die Bedürfnisse der kleinen Unternehmen eingehen zu können, forderte er. Ein wirksames Programm müsse drei Bedingungen erfüllen: „Der Reallohn muss steigen. Die Arbeitsplätze müssen gesichert werden. Es geht darum, in die Zukunft zu investieren“, betonte Holter.



Fotos: Uwe Balewsky

Michael Rooff (FDP)

FDP-Fraktionschef **Michael Rooff** bezeichnete das Bundesprogramm als „löchrigen Schirm“. Die Maßnahmen des Landes wiederum griffen zu kurz, würden zu spät wirksam und seien zu ungenau. Rooff forderte mehr Investitionen in Bildung, beispielsweise einen „gut ausgestatteten Weiterbildungsfonds“ für Arbeitnehmer. „So bekommen die Arbeitnehmer die Möglichkeit zur Fort- und Weiterbildung gerade in einer Krisenzeit“, sagte er. Was bisher vorliege, sei zu wenig „für den steinigen Weg, den wir vor uns haben“. Er kritisierte, dass die Koalition bislang nicht ausreichend auf die Herausforderungen im Gesundheits- und Tourismusbereich reagiert habe.



Wolfgang Waldmüller (CDU)

Wolfgang Waldmüller (CDU) warnte davor, die geplanten Maßnahmen schon schlechtzureden, obwohl sie noch gar nicht umgesetzt sind. „Warten wir doch erst einmal ab“, schlug er vor. Er erinnerte daran, dass die Gründe für die Finanzkrise in menschlichem Versagen liegen, nicht im Versagen eines Systems“. Nun stehe eine Rezession bevor, deren Aus-

maß noch völlig unklar sei. Dennoch würden sich alle mit Negativszenarien übertrumpfen. Dadurch würden jedoch nur die Verbraucher zusätzlich verunsichert. „Ein Mensch mit Zukunftsängsten oder ein Unternehmer mit Zukunftsängsten, die er tagtäglich um die Ohren gehauen kriegt, der investiert doch nicht in die Zukunft, der wird sparen und abwarten“, warnte Waldmüller. Es sei aber wichtig, die Binnennachfrage zu stärken.



Udo Pastörs (NPD)

Nach Auffassung von NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs** „haben wir es nicht nur im Bund, sondern auch im Land mit einem Gebräu aus Finanzbetrügereien, Subventionsbetrug, hochgradiger Verschuldung mittelständischer Unternehmen, die circa bei 16 Prozent Eigenkapital liegen, zu tun, und wir haben es mit einer totalen Unfähigkeit des Wirtschaftsministeriums zu tun“, sagte er. Das Zehn-Punkte-Programm bezeichnete er als „Verlegenheitspapier“. Die Macht liege nicht bei der Politik, sondern bei denen, „die hier die Wirtschaft und das Geld regieren und deregieren“. Er sprach von einer „Systemkrise“. Er könne sich nicht vorstellen, „dass in der nächsten Zeit die Menschen im Lande ruhig bleiben und sich das gefallen lassen“.

Der SPD-Abgeordnete **Jochen Schulte** sprach sich gegen schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme aus. Das Zehn-Punkte-Programm des Landes hält er aber für richtig, weil es dort ansetze, „wo unmittelbar und kurzfristig konkrete Effekte für die einheimische Wirtschaft erzielt werden können“. Er verteidigte auch den Werftenkredit. Die Schiffbaubetriebe hätten große Bedeutung für die Entwicklung des gesamten Landes. Besser als jedes



Jochen Schulte (SPD)

Konjunkturprogramm, sagte er weiter, sei die nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. „Dazu gehört an allererster Stelle, dass man den Unternehmerinnen und Unternehmern zeigt, dass ihre Investitionen in unserem Land auch gewollt sind, egal in welchem Landesteil.“



Mathias Löttge (CDU)

Mathias Löttge von der CDU mahnte, trotz der Krise und nötiger Hilfen nicht die Haushaltskonsolidierung aus dem Auge zu verlieren. Der Blick müsse auf das Jahr 2019 gerichtet werden, wenn der Solidaripakt auslaufe. Das Landesprogramm hält auch er für richtig. Es ziele zum einen darauf ab, Arbeitsplätze zu sichern. Und zum anderen darauf, eine entsprechende wirtschaftliche Entwicklung zu garantieren trotz schwieriger werdender Rahmenbedingungen. „Ich glaube, dafür sind die richtigen Maßnahmen, begleitend zu den Bundesprogrammen, festgelegt worden. Wir haben, denke ich, die 24,15 Millionen Euro sehr effizient eingesetzt. Immerhin bewegen wir damit über 59 Millionen Euro“, unterstrich er.

Klarstellung

Keine Zweitwohnungssteuer für Kleingärtner

■ Laubenbesitzer in gemeinnützigen Kleingartenanlagen sind von der Zweitwohnungssteuer befreit. Das hat der Landtag auf seiner Sitzung am 17. Dezember klargestellt. Die Landesregierung müsse deshalb absichern, dass Kommunen die Steuer nicht missbräuchlich erheben, forderte das Parlament einmütig. Das Bundeskleingartengesetz verbietet ein dauerndes Wohnen in Gartenlauben. Die Gartenhäuschen seien damit keine Zweitwohnungen, weshalb auch die Steuer nicht erhoben werden könne, argumentierten SPD und CDU in ihrem gemeinsamen Antrag, dem die Abgeordneten aller anderen Fraktionen zustimmten.



Dennoch gebe es Kommunen, die für Gartenlauben eine Zweitwohnungssteuer verlangen. Dies führe zu Rechtsunsicherheit und Ungleichbehandlung, kritisierten die Koalitionsfraktionen. „Die Landesregierung muss diese Praxis wirksam unterbinden“, sagte **Angelika Peters** (SPD), die den Antrag einbrachte. Verstöße ein Laubenbesitzer gegen das Bundeskleingartengesetz, müssten die Vorstände der Anlage gemeinsam mit der Kommune dagegen vorgehen. Im Landeskleingartenverband sind nach eigenen Angaben mehr als 80.000 Mitglieder in rund 1.000 Vereinen organisiert.

Innenminister **Lorenz Caffier** sagte den Abgeordneten zu, sich an die Landräte und Oberbürgermeister zu wenden. Er wolle auf eine einheitliche und rechtskonforme Anwendung der Vorschriften hinwirken, versprach er. Allerdings gab der Minister zu bedenken, dass manche Gartenlaube im Sommer als Wochenend- oder Ferienhaus genutzt werde, was dem Bundeskleingartengesetz zuwider laufe. Dies sei beispielsweise in bevorzugten Lagen an der Ostsee oder der Müritz der Fall. Nach dem Bundeskleingartengesetz seien nur Gartenhäuschen „in einfacher Ausführung“ mit bis zu 24 Quadratme-

tern Grundfläche zulässig, erläuterte der Minister. Ausnahmen gebe es bei der Größe für Lauben aus DDR-Zeit, aber nicht bei der Ausstattung. Gartenhäuser mit „gehobenem Standard“ könnten also durchaus zweitwohnungssteuerpflichtig sein, auch wenn die gesamte Kleingartenanlage nach dem Bundeskleingartengesetz als gemeinnützig anerkannt sei.

„Dem Antrag kann man zustimmen“, sagte **Peter Ritter** (DIE LINKE). „Er schadet nämlich nicht, er nutzt aber auch wenig.“ Jedoch solle man den Kommunen nicht drohen, wenn sie von legitimen Einnahmequellen Gebrauch machen. Ihnen müsse vielmehr verdeutlicht werden, welchen sozialen, ökologischen und letztlich auch finanziellen Nutzen ein funktionierendes Kleingartenwesen haben kann. Für eindeutige Regelungen muss seiner Ansicht nach zuerst ein Überblick über die verschiedenen Anlagen im Land erstellt werden. Er regte zudem eine Modernisierung des Bundeskleingartengesetzes an.

Vincent Kokert (CDU) forderte eine klare Trennung zwischen einem Kleingartenverein und einer Wochenendhaus-Siedlung. „Gartenlauben sollten nicht zum Wohnen geeignet sein“, sagte er. Im Osten Deutschlands seien Lauben historisch

bedingt meist besser ausgestattet, schließlich seien sie in der DDR in attraktiven Regionen auch an Urlauber vermietet worden. Die Landesregierung muss seinen Worten nach die Gemeinden auf die Rechtslage hinweisen. Der Antrag sei notwendig, um Unsicherheiten zu beheben. Nach Meinung von **Sigrun Reese** (FDP) haben Kleingärtner eine nicht zu unterschätzende gesellschaftliche und soziale Bedeutung. Die Kommunen sollten verantwortungsvoll und im Einklang mit den geltenden Rechtsvorschriften mit ihnen umgehen. Diese seien weitgehend im Bundeskleingarten- und im Kommunalabgabengesetz geregelt. Allerdings bestünden beim letzten noch Rechtsunsicherheiten. Deshalb stimme ihre Fraktion dem Antrag zu.

Angelika Peters (SPD) forderte in der Debatte „Kommunikation und Kooperation zwischen Vereinen und Kommunen“. Eine Aberkennung der Gemeinnützigkeit und die Umwidmung in eine reine Erholungsanlage ziehe auch eine höhere steuerliche Belastung nach sich. „Ist die steuerliche wie kleingärtnerische Gemeinnützigkeit der jeweiligen Kleingartenanlage mit Stempel und Unterschrift anerkannt, so kann und darf es keine Zweitwohnungssteuer geben“, forderte sie.

Barbara Borchardt (DIE LINKE) regte an, über ein Landesgesetz für Kleingärtner nachzudenken. Der Antrag allein reiche nicht aus. Es seien konkrete Kriterien nötig. Bei einer Änderung des Bundeskleingartengesetzes befürchtet die Abgeordnete eher eine Verschlechterung für die ostdeutschen Laubenbesitzer.

Nach Auffassung des NPD-Abgeordneten **Michael Andrejewski** schafft es weder das Kommunalabgabengesetz noch das Bundeskleingartengesetz, das Problem zu lösen. Wenn es Gesetzeslücken gibt, sollten sie geschlossen werden. Für Kleingartenbesitzer sei das Landeswassergesetz ein noch größeres Problem als die Zweitwohnungssteuer. Teure Zwangsanschlüsse würden zu einer „wahren Abzocke“ führen. Seine Fraktion stimme dem Antrag zwar zu, aber „ohne Hoffnung“ auf Änderung. Für **Heinz Müller** (SPD) ist es der klare Wille des Gesetzgebers, dass Kleingärtner keine Zweitwohnungssteuer zahlen. Das sei durch das Kommunalabgabengesetz geregelt. Dieses Ziel müsse durchgesetzt werden. Dazu bedarf es seinen Worten nach auch keiner Novellierung des Bundesgesetzes.

Mehr Geld für Kommunen

Antrag der Linksfraktion scheiterte

■ Nach dem Willen der Linken sollen auch die Kommunen schnell mehr Geld bekommen. Die Fraktion legte dazu dem Landtag am 18. Dezember einen Antrag vor, wonach den Kommunen für Investitionen im nächsten Jahr 20 Millionen Euro mehr zur Verfügung stehen sollen.

Damit würde die Infrastrukturpauschale auf 40 Millionen Euro verdoppelt, sagte **Birgit Schwabs** (DIE LINKE) bei der Begründung des Antrages. „An dieser Stelle dürfen wir nicht kleckern, sondern müssen klotzen“, betonte die Parlamentarierin. Der Vorteil sei, dass die Kommunen das Geld frei verwenden könnten. Das Zehn-Punkte-Programm der Landesregierung zur Flankierung des Konjunkturprogramms sehe zwar auch Geld für die Kommunen vor, aber die Beantragung sei mit großer Bürokratie verbunden.

Der Antrag komme zu spät, sagte Innenminister **Lorenz Caffier**. Die Landesregierung habe ein Konjunkturpaket geschnürt. Es sei fraglich, ob es zu diesem Zeitpunkt einer Ergänzung bedarf. Alle Maßnahmen, die nicht unmittelbar mit dem Konjunkturprogramm der Bundesregierung verzahnt werden, sichern dem Minister zufolge kein nachhaltiges Wirtschaftswachstum. „Zu letzterem zählt der dem Parlament vorgelegte Vorschlag der Fraktion DIE LINKE“, sagte er. Ein Programm der Landesregierung sehe bereits 10 Millionen Euro als kommunale Kofinanzierungshilfen vor.

Heinz Müller (SPD) hob ebenfalls hervor, dass die Investitionstätigkeit der Kommunen bereits großzügig gefördert wird. „Das ist auch richtig“, betonte er. So würden zwei Drittel der öffentlichen Bauinvestitionen von Kommunen getätigt. Auch er hält den Antrag der Linken für überflüssig.

Michael Rooff (FDP) sprach sich dagegen aus, dass die geplanten zehn Millionen Kofinanzierungshilfe im Rahmen des Zehn-Punkte-Programms über einen Vergaberat beim Innenministerium ausgebracht werden sollen. Diese zehn Millionen sollten besser unbürokratisch direkt in den „kommunalen Sachverstand“ einfließen. Das würde die FDP unterstützen. „Aber nur eine Verdopplung zu fordern, ohne zu sagen, woher das Geld kommen soll, unterstützen wir nicht“, sagte der FDP-Fraktionschef.

Für die Stärkung der Investitionskraft der Kommunen sprach sich auch **Marc Reinhardt** (CDU) aus. Doch sei die Koalition mit ihren geplanten Maßnahmen bereits auf dem richtigen Weg. Der Antrag werde daher abgelehnt.

Gabriele Mestan (DIE LINKE) befürchtet, dass vor allem die Kommunen von den Folgen der Finanzkrise betroffen sein werden. Aufgrund der desolaten Haushaltslage müssten viele Kommunen einen „riesigen Investitionsstau“ verzeichnen. „So wie der Staat für private Banken Sicher-

heiten übernimmt, muss es auch umgehend wirksame Maßnahmen für die Kommunen geben“, forderte sie. Eine höhere Infrastrukturpauschale sei der beste Konjunkturmotor.

Die NPD lehnt nach den Worten ihres Fraktionsvorsitzenden **Udo Pastörs** eine Aufstockung der Mittel für die Kommunen derzeit ab. Erst müsse der Bedarf ermittelt werden. Das Jahr 2009 müsse zunächst abgewartet werden.

Helmut Holter (DIE LINKE) forderte Land und Bund zu schnellem Handeln auf. Die geplanten zehn Millionen Euro seien wichtig. „Aber sie reichen nicht aus. Der Bedarf ist größer“, sagte er. Es gehe um die Zukunft, um die Sicherung vorhandener und die Schaffung neuer Arbeitsplätze, betonte er.

Der Antrag der Linken wurde mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Trauer um Claus Gerloff



Foto: Annette Schwarz

Claus Gerloff (r.) bei einem Informationsbesuch des Vereins ehemaliger Abgeordneter in Wismar.

Große Betroffenheit im Landtag löste der plötzliche und unerwartete Tod von Claus Gerloff aus. Der Sozialdemokrat gehörte dem Landesparlament von 1990 bis 2002 an. Er war maßgeblich beteiligt an der Demokratieentwicklung im Land und trug als Fachmann für Wirtschafts-, Verkehrs- und Umweltthemen zur Schaffung einer modernen Infrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern bei. Er war Parlamentarischer Geschäftsführer und stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion und leitete in der 3. Wahlperiode den Sonderausschuss zur Behandlung der Volksinitiative „Pro A 20 / Rügenanbindung“. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Landtag blieb Gerloff der Landespolitik verbunden und übernahm den Vorsitz des Vereins ehemaliger Abgeordneter. Claus Gerloff starb nach kurzer schwerer Krankheit am 1. Januar 2009.

Schuldnerberatung

Antrag zur Beteiligung der Banken an Finanzierung abgelehnt

■ Die FDP-Fraktion hat auf der Landtags-sitzung am 17. Dezember eine Beteiligung der Kreditwirtschaft an der Finanzierung der Schuldnerberatung gefordert. Die Landesregierung solle prüfen, ob solcher Art Finanzierungsmodelle hierzulande sinnvoll sind.



In anderen Bundesländern wie Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein zum Beispiel würden einzelne Kreditinstitute bereits zur Stärkung der Schuldner- und Insolvenzberatung beitragen, sagte **Sigrun Reese** (FDP), die den Antrag ihre Fraktion begründete. Ihren Angaben nach ist jeder fünfte Haushalt in Mecklenburg-Vorpommern überschuldet. Die Liberalen kritisieren, dass sich die Finanzbasis der Schuldnerberatungsstellen immer weiter verschlechtere. Die Fraktion scheiterte am Ende der Debatte mit ihrem Antrag, die Kreditwirtschaft in die Finanzierung der Beratungsstellen einzubeziehen.

Sozialministerin **Manuela Schwesig** hat den Schuldnerberatungsstellen im Land empfohlen, Geld von der Finanz- und Kreditwirtschaft einzuwerben. Dabei sei vor allem an Aktionen gedacht, um Menschen von Verschuldung fernzuhalten, sagte die Ministerin. Trägern von Beratungsstellen in Schwerin, Stralsund, Rostock, Güstrow und Ludwigslust sei es bereits gelungen, auf diese Weise Spenden zu bekommen. So habe der Deutsche Sparkassen- und Giroverband den Ankauf spezieller Software ermöglicht. Eine regelrechte Beteiligung der Kreditwirtschaft an der Finanzierung der Schuldnerberatung, wie von der FDP gefordert, hält sie indes

für wenig wahrscheinlich. Auf Bundesebene seien entsprechende Anläufe schon vor acht Jahren gescheitert, sagte sie. Auch in Mecklenburg-Vorpommern seien alle Vorstöße des Sozialministeriums für eine weit reichende Kooperation mit der Kreditwirtschaft ohne Erfolg geblieben.

Irene Müller (DIE LINKE) sprach sich für eine Überweisung des FDP-Antrages in den Sozialausschuss aus. Der Beratungsbedarf in den Schuldnerberatungsstellen sei höher als die vorhandenen Kapazitäten. „Die Beratungsstellen sind chronisch unterfinanziert und können den zehnpromzentigen Eigenanteil nicht erbringen“, sagte die Abgeordnete. Es nütze nichts, darauf zu verweisen, dass Mecklenburg-Vorpommern im Bundesvergleich eine der besten Förderungen habe. „Entscheidend ist für mich die Zahl der Menschen, die Hilfe brauchen. Und da liegen wir weit, weit über dem Bundesdurchschnitt“, betonte Irene Müller.

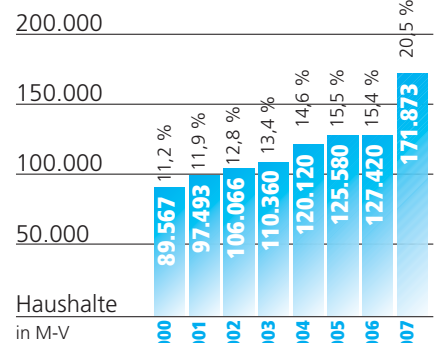
Jörg Heydorn (SPD) widersprach der Darstellung, dass die Schuldnerberatungsstellen chronisch unterfinanziert seien. Das sei eine Unterstellung. Sicher sei es schwierig für die Träger, den zehnpromzentigen Eigenanteil aufzubringen. Da müsse die Politik unterstützen. Doch der

FDP-Antrag schaffe keine Abhilfe. Er müsse abgelehnt werden.

Auch die NPD-Fraktion wolle nach den Worten ihres Abgeordneten **Stefan Köster** dem Antrag nicht zustimmen. Es sei nicht erkennbar, wie die Kreditinstitute ermuntert werden sollen, sich an der Schuldnerberatung zu beteiligen, und welche Grundhaltung die FDP beziehe. Er verwies aber auf Beispiele in anderen Ländern, wie etwa Rheinland-Pfalz, wo es eine gesetzliche Verpflichtung für Sparkassen zur Unterstützung der Beratungsstellen gebe. Die CDU-Fraktion sprach sich ebenfalls gegen den Antrag aus. „Die Beratungsstellen leisten eine wichtige Arbeit. Sie brauchen die Aufforderung der FDP zur Qualitätsverbesserung nicht“, begründete **Beate Schlupp**. Der Schwerpunkt der Tätigkeit der Beratungsstellen sei, Ordnung in vorhandene Schulden und in das Leben der Betroffenen zu bringen, sich einen ersten Überblick zu verschaffen und zu erreichen, dass nicht weitere Schulden auflaufen. „Hier leisten die Beratungsstellen in guter Qualität viel“, sagte die Landespolitikerin.

Das Land müsse über eine Neuorganisation der Finanzierung nachdenken, unterstrich **Ralf Grabow** (FDP). „Ganz offensichtlich ist es ja so, dass die öffentliche Hand nicht willens bzw. nicht in der Lage ist, für eine auskömmliche Finanzierung zu sorgen“, sagte er. Im Land gebe es aktuell Gespräche mit der Kreditwirtschaft. Einige Städte hätten Runde Tische gebildet. Aber mehr als eine geringe Unterstützung durch Software oder Fortbildungsmaßnahmen sei nicht herausgekommen. Andere Länder seien in dieser Hinsicht wesentlich weiter.

Überschuldung in M-V



QUELLE: Jahresbericht 2007 der Landesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung M-V und der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege M-V e.V.

Landwirtschaft in M-V

Antrag der LINKEN für Agrar-Konzeption abgelehnt

■ Die Fraktion DIE LINKE setzte sich mit einem Antrag im Landtag für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern ein. Sie forderte in der Debatte am 18. Dezember die Landesregierung unter anderem auf, eine Konzeption für die Agrarwirtschaft vorzulegen. Darin sollten Lösungen für wirtschaftliche Probleme und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze aufgezeigt werden.



Foto: Jens Büttner

Prof. Dr. Fritz Tack (DIE LINKE) wies bei der Begründung des Antrages unter anderem auf Änderungen in der EU-Agrarpolitik hin. Erstmals komme es zu einer gesetzlich verankerten Ungleichbehandlung der Prämienansprüche größerer Betriebe, die mehr als 300.000 Euro Subventionen im Jahr erhalten und nun eine zusätzliche Kürzung der Direktzahlungen von vier Prozent hinnehmen müssen. Damit würden die modernsten landwirtschaftlichen Strukturen im Land nachhaltig geschädigt und ihre Wettbewerbsfähigkeit zumindest eingeschränkt. „Der Grundsatz der nationalen Umsetzung der Agrarreform von 2003, dass jeder Hektar gleich viel wert ist, gilt nun nicht mehr“, sagte der Redner. Die einbehaltenen Mittel können jedoch in die Landwirtschaft der Länder zurückfließen, wenn das Land die Kofinanzierung in Höhe von zehn Prozent trägt. Er forderte die Landesregierung auf, bis spätestens Ende Februar eine Konzeption vorzulegen, damit sie der EU zur Genehmigung für 2009 vorgelegt werden könne. Agrarminister **Dr. Till Backhaus** wies da-

rauf hin, dass mit heftigen Protesten noch schlimmere Kürzungen aus Brüssel verhindert werden könnten. „Schließlich müssen unsere Landwirte nun mit einem Minus von 23,8 Mio. Euro im Endjahr 2013 im Vergleich zu den heutigen Zahlungen rechnen“, sagt er. Mehr als das Doppelte sei noch im Mai 2008 geplant gewesen. Eine Konzeption zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit, wie von der Linksfraktion gefordert, sei nicht nötig. „Wir haben eine agrarpolitische Strategie in Mecklenburg-Vorpommern, die sich bewährt hat, was die ökonomischen Ergebnisse in jedem Jahr belegen“, betonte er. „Wir werden unsere Landwirtschaft weiter mit wohl durchdachten Maßnahmen unterstützen, damit sie sich noch besser den neuen Herausforderungen stellen kann, und wir werden die ländlichen Räume insgesamt stärken“, versprach er.

Dr. Henning von Storch (CDU) sprach sich ebenfalls gegen den Antrag der Linken aus. Er kritisierte, dass die EU-Agrarpolitik nicht verlässlich sei. Er befürchte, die Kürzung der Direktzahlungen sei nur

ein erster Schritt zur weiteren Verschlechterung der landwirtschaftlichen Struktur im Land. Seiner Auffassung nach sollte Deutschland als größter Nettozahler in der EU in Brüssel selbstbewusster auftreten.

Sigrun Reese (FDP) befürwortete den Antrag der Linken. „Wir sehen darin die Möglichkeit, die Auffassung des Landtages zu den Entscheidungen der EU noch einmal öffentlich bekannt zu machen“, begründete sie. Die Liberalen befürworteten ihren Aussagen nach zwar die Ansätze der EU-Agrarpolitik zu weiterer Vereinfachung und mehr Marktorientierung. Aber ebenso kritisieren sie die Benachteiligung der großen Betriebe gegenüber den kleinen.

Ute Schildt (SPD) betonte, dass es ein schwerer Prozess sei, sich auf die zusätzlichen Kürzungen einzustellen. Es sei nötig, die Mittel nun 1:1 in das Land zurückzuführen. Sie forderte, die Beihilfen für benachteiligte Betriebe aufrecht zu erhalten.

Raimund Borrmann (NPD) kritisierte die „Fremdbestimmung unserer Landwirtschaft“ durch die EU. Er forderte die „Rückgabe der Souveränität“ und beschuldigte die Abgeordneten der „etablierten“ Parteien, „ihre eigene Inkompetenz zu verschleiern“.

Helmut Holter (DIE LINKE) verteidigte den Weg der europäischen Einheit als den einzig „richtigen“. Das schließe ein, dass demokratische Parteien über einzelne Schritte streiten und Argumente austauschen. Die Bauern seien seit 1990 dauernd mit Veränderungen konfrontiert. Er bedauere, dass die Interessen der Bauern in Deutschland nicht einheitlich in Brüssel vertreten werden. Er habe den Eindruck, dass große Betriebe im Land zerschlagen werden sollen. „Mir geht es darum, die betrieblichen Strukturen zu erhalten“, sagte Holter.

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

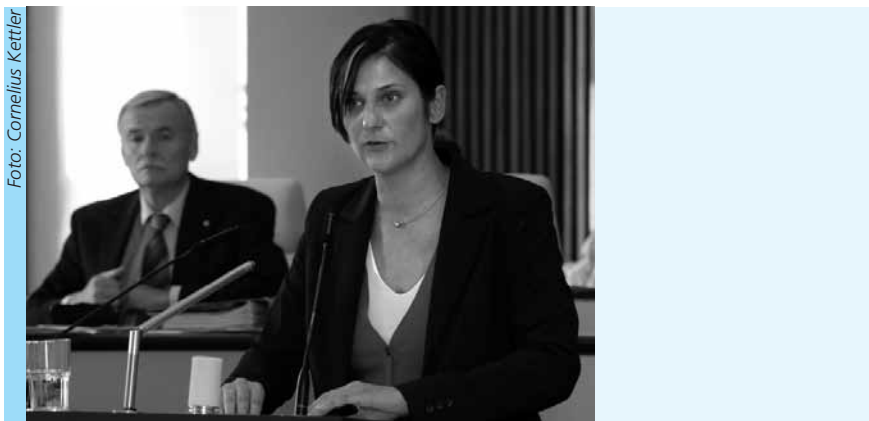
Chancen des Alters nutzen

Landtag nimmt sich der Bedürfnisse der Älteren an

■ Der Landtag hat auf seiner Sitzung am 17. Dezember die besonderen Bedürfnissen älterer Menschen in den Mittelpunkt einer Debatte gestellt. Der Antrag der Koalitionsfraktionen SPD und CDU „Chancen des Alters weiterhin konsequent nutzen – Infrastruktur an veränderte Bedürfnisse anpassen“ führte zu einer angeregten Diskussion über Barrierefreiheit – auch im Kopf –, über demografischen Wandel und ein selbstbestimmtes Leben im Alter. LandtagsNachrichten veröffentlichen nachfolgend Auszüge aus der Debatte.

Ilka Lochner-Borst, CDU:

„Dem Wunsch nach weitestgehender Eigenständigkeit Rechnung tragen“



■ „Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! [...] Steigende Lebenserwartungen und die Tatsache, dass immer mehr ältere immer weniger jüngeren Menschen gegenüberstehen, lässt einen drastischen gesellschaftlichen Wandel erwarten. Und während wir darüber nachdenken, wie wir mit dem individuellen und dem kollektiven Altern künftig umgehen wollen, dürfen wir dort, wo sich schon jetzt Gestaltungsmöglichkeiten bieten, keine Chance ungenutzt verstreichen lassen. [...]

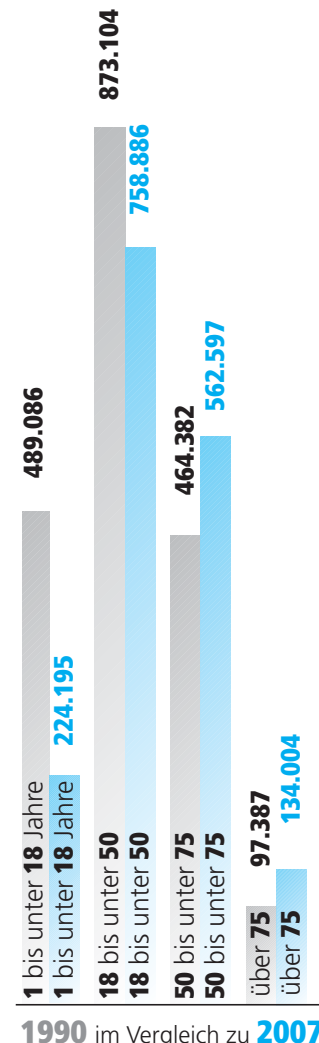
Meine Damen und Herren, mit unserem Antrag wollen wir [...] ein Bewusstsein dafür schaffen, dass die demografische Entwicklung vor allem regional betrachtet werden muss, [...] ältere Menschen wollen so lange wie möglich in ihrem gewohnten Umfeld leben, einem Umfeld, über das sie frei verfügen können [...]

In der Vergangenheit haben mehrere Generationen zusammenleben müssen, weil es dazu keine Alternativen gab. Von dem Moment an, wo finanzielle Mittel und Wohnraumversorgung es zugelassen haben, hat man sich eigene Wohnungen genommen. Dazu kommt, dass sich auch das Bildungsniveau positiv entwickelt hat und weiter entwickeln wird.

[...] Diesen Veränderungen, vor allem aber dem Wunsch älterer Menschen nach weitestgehender Eigenständigkeit, sollten wir Rechnung tragen, zum Beispiel, indem wir die Infrastruktur vor Ort ihren Bedürfnissen anpassen.

Dies beginnt natürlich mit der Wohnung und dem Wohnumfeld für ältere Menschen. Es ist wichtig, dass wir sie in die Planung von Neu- und Umbaumaßnahmen einbeziehen [...]

Bevölkerungsentwicklung in M-V



Quelle:
Statistisches Amt M-V –
Statistisches Jahrbuch M-V 2008

Im Jahr 2020 werden 36,2 Prozent der Menschen in unserem Land 60 Jahre und älter sein. Alle diese Menschen haben einen Anspruch darauf, einen möglichst offenen und weiten Lebensraum vorzufinden, der ihnen Teilhabe und Selbstständigkeit möglichst macht [...]

Dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion stimmen wir gerne zu. Er beinhaltet eine Steigerung der Lebensqualität für all diejenigen, die durch Behinderung und / oder chronische Erkrankungen im alltäglichen Leben eingeschränkt sind.

In diesem Sinne bitte ich um Ihre Zustimmung und danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Minister Volker Schlotmann:

„Der demografische Wandel beinhaltet auch Chancen“



Foto: Uwe Bajewski

■ „[...] Wer heute geboren wird, wird im Durchschnitt 30 Jahre älter als jemand, der vor hundert Jahren geboren wurde. [...] In M-V – wie im Übrigen in ganz Deutschland – werden in Zukunft nicht nur weniger Menschen, sondern auch Menschen mit einem deutlich höheren Lebensalter leben. [...] Und bevor man sich allzu schnell von Problemen redet, die damit verbunden seien, gilt es [...] Folgendes festzustellen: Ein längeres Leben ist zunächst einmal ein Gewinn für jeden Einzelnen – ich denke, das ist unbestritten – und für die Gesellschaft als Ganzes. Der demografische Wandel beinhaltet nämlich auch Chancen, und die müssen wir nutzen.“

[...] Wir wollen auf der einen Seite Sorge dafür tragen, dass sich junge Menschen [...] in unserem Land wohl fühlen. [...] Und auf der anderen Seite kann sich das Gesundheits- und Familienland M-V als erstrebenswerter Wohn- und Lebensstandort für die dritte Generation profilieren. Ich denke, das ist ganz klar eine Chance für dieses Land. [...]

Was ist bisher geschehen? Zunächst einmal haben wir unsere Hausaufgaben gemacht und die demografische Entwicklung zu einem wesentlichen Maßstab für das [...] Landesraumentwicklungsprogramm gemacht. Unter anderem haben wir das Zentrale-Orte-System umgebaut. [...] Gemeinden und Städte, die als zentrale Orte festgelegt sind, übernehmen Versorgungsaufgaben für benachbarte Kommunen mit und garantieren auch zu-

künftig flächendeckend eine ausreichende Versorgung. Insbesondere für kleine Landgemeinden [...] ist es enorm wichtig, in erreichbarer Nähe Einkaufsmöglichkeiten, Gesundheits-, soziale und kulturelle Einrichtungen vorzufinden. Der ÖPNV ist auf diese zentralen Orte ausgerichtet. Ein weiteres wichtiges Stichwort in diesem Zusammenhang heißt städtebauliche Integration. Das bedeutet, Infrastrukturen so zu konzentrieren, dass mehrere Besorgungen auf einem Weg erledigt werden können, und Dienstleistungen da anzusiedeln, wo sie mit dem ÖPNV gut erreichbar sind. [...] Also in Innenstädten oder nahe der Wohnquartiere und nicht auf der grünen Wiese. Dies gilt insbesondere auch für Pflegeeinrichtungen, denn die Mobilität sinkt mit dem Alter, das ist nun mal so. [...]

Zu den veränderten Infrastrukturanforderungen gehört auch altengerechtes Wohnen. [...] Ältere Menschen möchten so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung leben, selbstständig bleiben und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. [...] Die Wohnungs- und Städtebauförderung hat sich frühzeitig darauf eingestellt. Gefördert werden der Abbau von Barrieren, Anpassungen in Küche und Bad, die Teilung von großen Wohnungen in Ein- und Zweiraumwohnungen und nicht zuletzt die Schaffung von altengerechten Wohnungen mit Betreuungsangebot im vorhandenen Wohnungsbestand. Von 1992 bis heute wurden rund 4.000 altengerechte Wohnungen mit Betreuungsangebot gefördert. Und die

Städte und Gemeinden in der Städtebauförderung haben [...] eine Vielzahl von Maßnahmen umgesetzt, die die Bedürfnisse Älterer berücksichtigen. [...] Dazu zählen etwa das Anlegen von Verweil- und Ruhezeiten mit Sitzbänken, Geh- und Radwege [...] und Stadtteiltreffs mit speziellen Angeboten für Senioren. [...]

Und damit komme ich [...] zu den freiwilligen Aufgaben, die aber nicht minder wichtig sind. Das Bundesverkehrsministerium fördert Modellvorhaben im Bereich demografischer Wandel, und dabei ist M-V mit mehreren Vorhaben vertreten. [...]

Ein [...] Beispiel: Beim Modellvorhaben „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“ in der Region Stettiner Haff geht es um [...] eine Mobilisierung der Menschen vor Ort. Die Landkreise Ostvorpommern und Uecker-Randow haben gemeinsam mit Gemeinden, Institutionen, Verbänden, Vereinen, Unternehmen und Bürgern Projekte entwickelt, mit denen auf den demografischen Wandel reagiert werden soll. Unter anderem wird zurzeit in Eggesin ein Gemeinschaftszentrum als generationenübergreifende Begegnungsstätte gebaut. Eggesin will sich als Stadt für die dritte Generation profilieren und in diesem Gebäude eine Zeitbank [...] etablieren. Dieses Zeitbankkonzept sieht vor, dass die Bürger Leistungen für andere erbringen, die nicht in Euro, sondern durch Zeitguthaben vergütet werden. So kann zum Beispiel der gehbehinderte ältere Bürger Kinderbetreuungsaufgaben wahrnehmen, die er vergütet bekommt, indem ihm beschwerliche Einkäufe abgenommen werden. Die Förderung solcher Modellvorhaben ist so erfolgreich, dass das Bundesministerium sie ab nächstem Jahr modellhaft auf Westdeutschland ausweiten will. Also von dem Guten, was wir hier gemacht haben, soll der Westen lernen. Ich denke, darauf kann man ruhig ein bisschen stolz sein.

[...] Die Bevölkerungsentwicklung können wir nicht von heute auf morgen ändern. [...] Aber wir können uns an die Situation anpassen und selbstbewusst und offensiv damit umgehen.“

Regine Lück, DIE LINKE:

„Die Problematik einer alternden Gesellschaft ist noch nicht in Ihren Köpfen angekommen“

Foto: Ulve Balewski



■ „Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!
Erstaunlich, dass immer wieder Anträge dieser Güte den Landtag erreichen [...]. Ihr Antrag tut so, Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, als wenn bei uns im Land schon alles Notwendige angeschoben wäre. Das ist mitnichten so, sage ich. Wir stehen allenfalls an der Startlinie. Wir wissen nicht einmal genau, wie weit das Ziel entfernt ist.“

Winston Churchill hat einmal gesagt, ich zitiere: „Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen.“ Wie wahr. Allerdings, soweit die Prognosen die Alterung der Menschen hierzulande betreffen, sind sie einigermaßen verlässlich, denn die alten Menschen von morgen sind ja heute schon geboren [...]

Allein die Wortwahl in Ihrem Antrag zeigt mir, dass die Problematik einer alternden Gesellschaft noch nicht in Ihren Köpfen angekommen ist. Ich kenne kein Gesetz, in dem das Wort „behindertengerecht“ vorkommt, wie Sie in der Begründung behaupten. Ich kenne nur Gesetze und Normen, die Barrierefreiheit definieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Auch der Begriff „altenfreundlich“ lässt viel Raum für unterschiedliche Auslegungen. Was genau verstehen Sie darunter?

Ich würde mir wünschen, dass sich endlich auch bei Ihnen der Begriff „barriere-

frei“ durchsetzt. Ich verweise auf die einschlägigen Normen, die vom Deutschen Institut für Normung veröffentlicht werden. Diese DIN-Normen geben Empfehlungen für die Planung barrierefreier Verkehrs- und Grünflächen, öffentlich zugänglicher Gebäude und Arbeitsstätten, Wohnungen und Wohnungen für Rollstuhlfahrer und -fahrerinnen. Erst mit Einführung dieser technischen Regeln durch die oberste Baubehörde des Landes, also das Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung, werden diese Empfehlungen für alle am Bau Beteiligten zur verbindlichen Baubestimmung. Auch unser Land hat Teile der Normen als technische Baubestimmungen im Zusammenhang mit der Landesbauordnung ja eingeführt. Wenn wir also über zukunftsfähige Wohn-, Lebens- und Arbeitswelten reden, kommen wir an diesen Normen zur Barrierefreiheit nicht vorbei. Ich meine, dass sich unsere Landesregierung im Interesse aller Menschen, der alten und der jungen, an diese Empfehlungen halten muss. So tut die Landesregierung dann auch gut daran zu überprüfen, ob die Förderrichtlinien des Landes für den Städtebau und die Wohnraumförderung die Forderung zur Beachtung der Normen beinhaltet. Ich meine, jede Wohnung, die mit Fördermitteln neu gebaut werden soll, muss eine barrierefreie Wohnung sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

[...] Ich möchte die SPD daran erinnern, dass Ihr damaliger Wirtschaftsminister

und – Kollege Heydorn, Sie werden mir sicherlich Recht geben – auch Sie zu denen gehörten, die damals, als wir darüber diskutiert haben, den Bezug zur Barrierefreiheit hätten aufnehmen können.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

In der Musterbauordnung Deutschlands steht diese Formulierung ja auch so drin, aber wir haben diskutiert und konnten uns nicht einig. Ich habe das damals für wenig nachhaltig gehalten und halte es auch jetzt für wenig nachhaltig. Ich würde mich also freuen, wenn dieser Antrag ein Ansatz für die Novellierung der Landesbauordnung ist.

Die Zustimmung meiner Fraktion ist sicher, falls zukünftig in Wohngebäuden mit mehr als zwei Wohnungen ein Geschoss barrierefrei gebaut werden soll. Meine Fraktion würde auch zustimmen, wenn zukünftig alle Verkaufsflächen und Gaststätten ohne Einschränkung barrierefrei zu bauen wären.

[...] Wir müssen und wir können die Herausforderungen annehmen, vom ehemals jüngsten zum zweitältesten Bundesland zu werden. Allerdings erfordert das wohlüberlegte und auch gemeinsame Anstrengungen.

Abschließend möchte ich Ihnen auch noch einen Artikel aus dem aktuellen „IngenieurBlatt“ ans Herz legen. Ich möchte daraus zitieren: „Barrierefreie Bauweise stellt ein zukunftsgerichtetes Qualitätsmerkmal im Bauwesen dar, das der demografischen Entwicklung Rechnung trägt. Bei dem erforderlichen Wissen und der inneren Überzeugung und Einstellung, dass integrative, universelle, barrierefreie Stadt-, Gebäude- und Produktentwicklung notwendig ist...“

(Vincent Kokert, CDU: Sie begrüßt den Antrag in allen Punkten!)

...und allen dient, sind die Hürden in unseren Köpfen zu beseitigen.“ Zitatende.

Der hier vorliegende Antrag kann das nicht leisten. Wenn Sie klug sind, ziehen Sie diesen Antrag zurück. [...]“

Jörg Heydorn, SPD:

„Eines der wesentlichsten Themen für das Land Mecklenburg-Vorpommern“



Foto: Cornelius Kettler

■ „Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Zunächst muss ich doch mal unseren Koalitionspartner loben.

(Harry Glawe, CDU: Sehr schön. Danke. – Vincent Kokert, CDU: Oh!)

Ich muss ihn dafür loben,

(Harry Glawe, CDU: Das haben wir heute verdient.)

dass er quasi einen Antrag initiiert, der unseren Minister auffordert, seine erfolgreiche Arbeit bei dem Thema

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und ich dachte immer, man bringt Anträge zusammen ein. – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

„Chancen des Alters konsequent nutzen“ fortzusetzen, denn hier muss intensiviert werden. Also ich sage mal, es ist ja schon jetzt hier auch durch die Redebeiträge klar dokumentiert worden, dass das ein wichtiges Thema ist, über das man hier reden muss,

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Ja, das machen wir auch. – Peter Ritter, DIE LINKE: Schön, dass wir mal drüber geredet haben.)

über das man reden muss, weil es in unserem Land eine gewaltige Dimension

hat, auch eine gewaltige finanzielle Dimension. Hier ist ja jetzt über alles im Grunde im Rahmen einer Tour de raison gesprochen worden, aber wenn man sich einzelne Bereiche mal herausfischt, dann wird man sehr schnell feststellen, was hier alles dranhängt und was letztendlich auch für Mittel erforderlich sind, um die Herausforderung, die uns der demografische Wandel bringt, entsprechend meistern zu können.

Vielleicht sollte man auch im Rahmen der Konjunkturpakete mal darüber nachdenken, ob es nicht sinnvoll ist, Mittel für nachhaltige Investitionen in den Wohnungsbau und in die Stadtteil- und Infrastrukturentwicklung zu bringen,

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Das passiert doch schon.)

denn das sind Dinge, die sofort wirken, sind also Dinge, die wir brauchen und die der heimischen Wirtschaft zugute kommen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Das würden wir gut finden.)

Frau Lück, Sie haben gerade kritisiert, dass in keiner Norm das Thema „behindertenfreundlich“ beziehungsweise „behindertengerecht“ expliziert genannt wird.

(Irene Müller, DIE LINKE: Nein, sie hat von Barrierefreiheit gesprochen.)

Ja. Das beruht alles auf Barrierefreiheit.

Das stimmt so nicht, das stimmt so nicht.

(Harry Glawe, CDU: Das ist aus dem Zusammenhang gerissen. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Wenn Sie mal selbst in die von Ihnen zitierte DIN 18025 reinschauen, und zwar ins Blatt 1, da wird von „behindertenfreundlich“ und im Blatt 2 von „behindertengerecht“ gesprochen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Also diese Begriffe sind der DIN entnommen und dahinter verbergen sich auch ganz bestimmte Anforderungen,

(Irene Müller, DIE LINKE: Politisch ist das schon längst überholt.)

ganz bestimmte Anforderungen, was Türbreiten, Höhe von Lichtschaltern, Bewegungselementen unter der Dusche und so weiter betrifft. Also insofern sind diese Begriffe feststehende Begriffe.

(Irene Müller, DIE LINKE: Politisch nicht mehr genutzt.)

Ja, natürlich werden die noch genutzt.

(Irene Müller, DIE LINKE: Nein, die werden nicht mehr genutzt.)

Ja, ob Sie die benutzen, Frau Müller, das sei dahingestellt. Also mir sagen die Begriffe was und das kann man auch jederzeit nachlesen, was sie bedeuten.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber ich will dieses Thema noch mal an einem Beispiel etwas enger fokussieren, und zwar am Thema Wohnungsbau. Schauen wir uns die Situation in Mecklenburg-Vorpommern an,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

nicht nur bei dem Thema Investitionen in Wohnungen, die jetzt vorgenommen werden, sondern die in der Vergangen-

heit vorgenommen worden sind. Wir haben ja Anfang der 90er Jahre das Altschuldenhilfegesetz gekriegt mit der Verpflichtung, 15 Prozent des Wohnungsbestandes zu sanieren und der Rest zu modernisieren. Die Wohnungen sind also bei vielen Gesellschaften durchmodernisiert. Wir haben trotzdem hohe Leerstandsquoten. Und wenn man sich mal ansieht, wo diese Leerstände in der Regel sind, dann sind es die oberen Geschosse, die nicht mehr bewohnt sind, weil eine zunehmend ältere Bevölkerung diese Wohnungen nicht mehr problemlos erreichen kann.

Das heißt, wir müssen im Grunde heute die Frage beantworten: Wie kriegen wir

den Wohnungsbestand, den wir haben, demografiefest gemacht? Wie kriegen wir letztendlich annähernd erreicht, dass Menschen barrierearm oder barrierefrei, ohne Hindernisse, ihre Wohnung erreichen können? Wenn man sich das mal ansieht, dann haben wir hier gewaltige Herausforderungen vor uns. Wir müssen die Frage beantworten, wie wir das Thema Rettungsdienst in der Fläche beispielsweise sicherstellen. Wir müssen die Frage beantworten, wie wir das Thema ärztliche und pflegerische Versorgung in der Fläche sicherstellen. Wir müssen Entscheidungen darüber treffen, wo wir überhaupt noch Investitionen vornehmen wollen, wenn wir an das Thema öffentliche Förderung

denken. Also, öffentliche Förderung: Von welchen Kriterien wird das perspektivisch abhängig gemacht?

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Insofern kann ich zum Abschluss nur noch sagen, meine Fraktion begrüßt den Antrag, hofft auf Ihre Unterstützung, denn das ist eine Geschichte, die uns sicherlich auch noch in weiteren Landtagssitzungen intensiv beschäftigen wird, eines der wesentlichsten Themen für das Land Mecklenburg-Vorpommern und die Zukunft des Landes in den nächsten Jahren. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung.“

Ralf Grabow, FDP:

„Barrierefreiheit beginnt im Kopf“



■ [...] Sich nur einzelnen Personengruppen zu widmen, ist nicht der richtige Weg. Barrierefreiheit dient allen Menschen. „Ältere“ ist dazu ein dehnbare Begriff, der sich angesichts der langen Ausbildungs- und der verschobenen Elternzeiten, des steigenden Renteneintrittsalters und der hohen Lebenserwartung nach hinten verschiebt. [...] Selbst nach dem Eintritt in das Rentenalter sind die meisten Menschen unheimlich aktiv und wollen nicht als Ältere stigmatisiert werden. [...]

Wir brauchen deshalb ein Lebensumfeld, das sowohl den Verbleib in der Wohnung [...] als auch die Anbindung zu anderen Zielen ermöglicht. [...] Wir müssen eine Vernetzung der Wohnungen, der öffentlichen Einrichtungen einschließlich der öffentlichen Verwaltung, der Arbeitsstätte,

der Wege und des öffentlichen Nahverkehrs zum städtischen und ländlichen Bereich erreichen. Stadtplanung, Architektur werden sich [...] auf [...] eine Welt der Gleichstellung von Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen und unterschiedlichen Einschränkungen einstellen müssen. [...] damit wir nicht weiter barrierefreie Oasen erhalten.

[...] Hier möchte ich das Beispiel im Antrag noch ergänzen um Treppen mit Setzstufen, gezielten Einsatz von Kontrasten, ausreichend große, tastbare Beschriftungen, Leitlinien in Gebäuden und öffentlichen Räumen, blendfreie Außenbeleuchtung, Armlehnen an Sitzgelegenheiten, unterfahrbare Informationsstände mit niedrigem Bereich für kleine und sitzende Menschen.

[...] Es müssen [...] alle Maßnahmen ergriffen werden, Restriktion, Isolation, Pflegebedürftigkeit zu vermeiden. Es muss ein Umdenken einsetzen, denn Barrierefreiheit beginnt im Kopf. [...]

Es muss selbstverständlich werden, dass wir in Zukunft barrierefrei denken, planen und bauen. Das beginnt bei Städtebau, Architektur in den Raumordnungen, geht über die Berücksichtigung in der Bauleitplanung, setzt sich im öffentlichen, privaten Baurecht für alle durch. Dazu sind die gesetzlichen Grundlagen eindeutiger zu gestalten, die Verfahren der Bürger-/Betroffenenbeteiligung zu modifizieren und die Aus- und Weiterbildung zu verbessern. [...].“

Stefan Köster, NPD:

„Sie haben längst die Hoffnung auf eine gesunde Einwohnerstruktur aufgegeben“

Foto: Uwe Bajewski



■ [...] „Der Landtag begrüßt die von der Landesregierung mit Blick auf den demografischen Wandel und die älter werdende Gesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern bei der Raumordnung und Landesplanung sowie im Rahmen der Städtebauförderung und Verkehrsplanung ergriffenen Maßnahmen, die Bedürfnisse älterer Bürger zu berücksichtigen“, so Ihr Antragstext. Inhaltslos geht es kaum noch. Der Landtag ist die „Stätte der politischen

Willensbildung“, so die Landesverfassung. So sieht also die Willensbildung von SPD und CDU aus.

„Chancen des Alters weiterhin konsequent nutzen“, so der erste Teil Ihrer Überschrift. Was wollen Sie den Bürgern im Land damit sagen? Etwa, dass die Vergreisung im Land und der Einwohnerrückgang vor allem im ländlichen Raum eine Chance für Mecklenburg-Vorpommern ist? Ist „Vergreisung als Chance“ sozus-

gen das Motto Ihrer Bevölkerungspolitik? Unsere Heimat kann nur eine Zukunftschance haben, wenn Jung und Alt in unserem Land die Gewissheit haben, dass sie hier gebraucht werden, wenn Familien spüren, dass sie willkommen sind. Sie von der politischen Klasse haben jedoch schon längst die Hoffnung auf eine gesunde Einwohnerstruktur aufgegeben. [...]

Die Vergreisung unserer Heimat ist doch schon seit mindestens zehn Jahren absehbar. Sie allerdings kommen scheinbar erst jetzt in die Spur. Die von Ihnen verachtete, aber zwingend notwendige Bevölkerungspolitik ist aber untrennbar mit einem Leben im Alter in Würde verbunden. Wie wollen Sie den Anschluss des ländlichen Raumes an die so genannten Zentren aufrechterhalten? Hierzu kommen von der Landesregierung keine Antworten. [...]

Wir, die NPD-Fraktion, können nicht etwas feiern, was es nicht gibt, und lehnen Ihren Antrag daher ab. Nationalisten stehen für ein Miteinander von Jung und Alt. [...]

Harry Glawe, CDU:

„Für die ältere Generation ein lebenswertes Umfeld schaffen“

Foto: Cornelius Kettler



■ „Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der Koalitionäre, denke ich, ist durchaus diskutabel und er ist aktuell. Ein Blick auf die Bevölkerungsentwicklung, auf die Prognosen,

die abgegeben worden sind, und ein Blick auf die Lebenserwartung der älteren Generation zwingt, auch im Land Mecklenburg-Vorpommern neue Wege zu gehen, neue Konzepte anzustoßen, und dazu ist dieser Antrag sehr geeignet.

Warum ist er sehr geeignet? Der eine oder andere in der Linksfraktion – oder bei der NPD, da wollen wir gar nicht drüber reden, was da jetzt gerade wieder abgelassen wurde ...

(Stefan Köster, NPD: Aber in Ihrem Antrag steht doch nichts drin, Herr Glawe.)

Ja, gucken Sie mal auf die Begründung, da werden Sie schon einige Positionen sehen, über die man reden muss und über die zu reden ist.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Aber die beschließen Sie ja nicht.)

Da geht es um das neu aufzubauende vertraute Umfeld. Wir müssen eben dafür

sorgen, dass wir andere Wohnformen anstreben, die barrierefrei sein müssen.

*(Irene Müller, DIE LINKE:
Und warum steht das nicht drin?)*

Wir müssen Solidarität leben im Land Mecklenburg-Vorpommern, eines der ganz wichtigen Dinge, die weiter bewahrt werden müssen, und dazu ist dieser Antrag geeignet.

Ein Wort an Frau Lück.

*(Irene Müller, DIE LINKE:
Ach, das ist ein Bewahrungsantrag.)*

Frau Lück, ein tieferer Blick ins Altenparlament hätte Ihnen, glaube ich, etwas mehr Erhellung gebracht.

*(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Ein Blick ins Altenparlament!)*

Dieses Thema ist im Altenparlament diskutiert worden,

*(Irene Müller, DIE LINKE:
Eben darin steht barrierefrei. –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)*

an die Politik übertragen worden und das ist jetzt der Auftakt einer Diskussion, die wir im Jahre 2009 führen werden, um im Altenparlament auch Rede und Antwort stehen zu können. Was Sie hier losgelassen haben, war genau das Gegenteil von dem,

*(Vincent Kokert, CDU:
Glatte Sechs, setzen!)*

was von uns als Politik erwartet wird.

(Irene Müller, DIE LINKE: Schade, dass Sie nicht im letzten Sozialausschuss waren!)

Ich kann Ihnen nur raten, schauen Sie in die Beschlüsse des Altenparlaments hinein, dann werden Sie diesen Antrag sehr wohl verstehen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Hauptsache, Sie haben richtig zugehört, Herr Glawe!)

Ich bin den Ministern und der Landesregierung sehr dankbar, dass diese Themen durch die Regierung mit abgearbeitet werden, meine Damen und Herren. [...]

Ich sage Ihnen nur, Ihr Arbeitskreis ist in dieser Frage ein bisschen blind. Gucken Sie mal genau! [...]

Inhaltlich sollten Sie da eigentlich als Linksfraktion besser aufgestellt sein, mei-

ne Damen und Herren.

Worum geht es?

(Regine Lück, DIE LINKE: Das sind wir auch, Herr Glawe. Da haben wir kein Problem, das zu machen.)

Inhaltlich, habe ich gesagt.

*(Regine Lück, DIE LINKE: Ja, inhaltlich. –
Michael Andrejewski, NPD: Antreten!)*

Und von Antreten, meine Herren von der NPD, habe ich nicht gesprochen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Grabow führte die Zahl 50 plus x ein. Natürlich ist das eine Zahl, mit der viele Bürgerinnen und Bürger sozusagen einen neuen Lebensabschnitt für sich einleiten.

*(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja. –
Torsten Koplín, DIE LINKE: Wieso?)*

Nichtsdestotrotz geht in der Regel jeder diesen Weg und diesem Weg muss man sich stellen. [...]

Man muss sich immer den neuen Lebensabschnitten zuwenden und für sich, für die Gesellschaft das Beste daraus machen. Das ist, denke ich, eine Lebensphilosophie, mit der wir alle umgehen müssen.

*(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Das ist philosophisch. –
Udo Pastörs, NPD: Tolle Feststellung!)*

Worum geht es? Wir brauchen die Fragen, die Herr Minister Schlotmann vorgebracht hat, also Wohnimmobilien, die Frage der Raumordnung, all die Dinge sind genannt worden, auch die Förderung des altengerechten Wohnens. [...]

Wir brauchen aber auch neue Wohnformen, und dafür werden wir im Heimgesetz den möglichen Rahmen schaffen. Wir sind dabei, das zu tun, und ich denke, demnächst wird dieses Gesetz auch den Landtag erreichen. Da haben wir genügend Gelegenheit, diesen Antrag, wo Sie hier heute von der LINKEN wahrscheinlich noch nicht richtig erkannt haben, was da alles an Brisanz drinsteckt, zu diskutieren. Da lade ich Sie sehr herzlich ein,

(Irene Müller, DIE LINKE: Ich denke, Sie begrüßen alles das, was da schon drinsteht.)

denn dieser Antrag ist eigentlich nicht geeignet, über Parteigrenzen hinweg sozu-

sagen den großen Widerspruch zu organisieren, sondern hier geht es, glaube ich, darum, für die Bürgerinnen und Bürger, für die ältere Generation in Mecklenburg-Vorpommern, das Richtige auf den Weg zu bringen, dass es sinnvoll ist, dass man ein lebenswertes Umfeld in Mecklenburg-Vorpommern schafft, dass man die Bürger mitnimmt. Und dazu sind wir als Politik gefordert, wir alle hier im Parlament, die Minister, die Regierung und auch die Mitwirkenden in den Ministerien.

Meine Damen und Herren, ich glaube, meine Vorredner haben die Inhalte weitestgehend gestreift. Da will ich gar nicht weiter in die Tiefe gehen. Wichtig ist, dass auch in dieser Frage das Ehrenamt, die Pflege, die Familienpflege, die professionelle Pflege zusammen agieren, damit insgesamt in diesem Bereich für die Bürgerinnen und Bürger, für diejenigen, die Pflege brauchen, die richtigen Wege angeboten werden.

*(Gabriele Mestan, DIE LINKE:
Haben wir im Gemischtwarenladen nicht noch irgendwas? –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)*

Dazu brauchen wir jeden, meine Damen und Herren. Barrierefreiheit ist wichtig.

*(Irene Müller, DIE LINKE: Das ist wichtig?
Darum steht es auch nicht im Antrag!)*

Und ein letztes Wort zu den politischen Vorträgen, die hier DIE LINKE, also Frau Lück in besonderer Weise, vorgetragen hat. [...]

Es heißt nun mal im Gesetz „behindertengerecht“, meine Damen und Herren. Lesen Sie das nach, dann können Sie hier nicht von der politischen Botschaft reden. Das können Sie in der Sonntagsrede irgendwo in Ihrer Partei machen. [...] Ja. Sie müssen nur noch reingucken! Und dann können Sie nicht irgendwelche Kritiken üben. [...]

Nehmen Sie sich Zeit,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da ist nicht ein konkreter Punkt bis jetzt benannt worden in Ihrer Rede.)

ändern Sie die Gesetze mit, dann können wir auch Barrierefreiheit überall nachlesen. [...] Aber auch die anderen Begriffe, die im Antrag stehen, sind völlig richtig und sind nicht zu kritisieren. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.“

Auszüge aus dem Wortprotokoll der Plenarsitzung am 17. Dezember 2008.



Werften- beihilfen

Finanzausschuss bewilligt Landes-Darlehen für Werften

■ **Das Land Mecklenburg-Vorpommern gewährt den Wadan-Yards-Werften in Wismar und Warnemünde ein Darlehen über 60 Millionen Euro zur Überbrückung unverschuldeter Zahlungsschwierigkeiten. Dies beschloss der Finanzausschuss des Landtages mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE bei Stimmenthaltung der FDP und NPD am 11. Dezember 2008.**

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise macht vor Mecklenburg-Vorpommern nicht Halt, ebenso nicht vor der Schiffbauindustrie im Land. Die Wadan-Yards-Werften in Wismar und Warnemünde kämpfen mit Liquiditätsgpässen bei der Abarbeitung ihrer Schiffbauaufträge, da sich die Banken aus dem Schiffbaugeschäft zurückgezogen haben.

Große Auftragsvolumen und lange Bauzeiten für Schiffe bedeuten für die Schiffbauunternehmen lange vor Übergabe an den Auftraggeber und bis zur Bezahlung der Schiffe einen enormen finanziellen

Aufwand, der oftmals nicht aus eigenen Mitteln realisiert werden kann. Deshalb sind die Werften darauf angewiesen, dass mit Hilfe von Banken zwischenfinanziert wird. Angesichts der Finanzkrise sind aber nur noch wenige Banken bereit, trotz der guten Auftragslage bei den Werften diesen mit Krediten zur Zwischenfinanzierung ihrer Schiffbaukosten zu helfen.

Als eines der ersten Industrieunternehmen bemühten sich die Wadan-Yards-Werften Ende 2008 um den Schutzschirm des Bundes, der in Finanznot geratenen Unternehmen unter die Arme greifen soll. Bis die Bundeshilfen im Frühjahr 2009 aber wirklich greifen und die Wadan-Yards-Werften Kredite vom Bund erhalten werden, gewährt das Land Mecklenburg-Vorpommern nun vorübergehend ein 60-Millionen-Euro-Darlehen zur Überbrückung der unverschuldeten Zahlungsschwierigkeiten. Bei dieser Landeshilfe handelt es sich um ein auf drei Monate befristetes Darlehen, dessen Mittel die Werften nur im Einvernehmen mit dem Land und gegen Gewährung entsprechender Sicherheiten verwenden dürfen.

Diese Soforthilfe diene der Sicherung der Arbeitsplätze auf den betroffenen Werften und damit insgesamt der für Mecklenburg-Vorpommern wichtigen maritimen Wirtschaft, so die Beweggründe des Finanzausschusses für seine Zustimmung

zur Soforthilfe des Landes. In 260 maritimen Zulieferer- und Dienstleistungsunternehmen sind in Mecklenburg-Vorpommern rund 7.000 Menschen beschäftigt. Da für dieses besondere Darlehen keine Mittel im aktuellen Haushalt des Landes eingeplant waren, müssen Haushaltsmittel umgeschichtet werden. Wegen der Höhe dieser – wenn auch vorübergehenden – zusätzlichen Ausgabe war die Zustimmung des Finanzausschusses des Landtages erforderlich.

UMWELTPREIS DES LANDTAGES

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern schreibt zum 11. Mal den Ernst-Boll-Umweltpreis aus. Zum Thema „Klimaschutz in Mecklenburg-Vorpommern – Herausforderungen der Zukunft bewältigen“ können sich Einzelpersonen aller Altersstufen, Gruppen, Verbände sowie juristische Personen bis zum 30. April 2009 am Wettbewerb beteiligen. Der Preis ist mit insgesamt 25.000 Euro dotiert.

Informationen und Ausschreibung unter:

www.landtag-mv.de

Gebietsreform

Kriterien für Einkreisung bisher kreisfreier Städte

■ Die Enquetekommission ist bei der Analyse und Bewertung der Varianten zur Kreisstrukturreform einen wichtigen Schritt weitergekommen. In ihrer 31. Kommissionssitzung am 12. Dezember hat sie sich auf Kriterien verständigt, an Hand derer die Einkreisung bisher kreisfreier Städte geprüft werden soll.

Diese Frage ist von zentraler Bedeutung, da mit der Entscheidung für oder gegen die Kreisfreiheit einer bisher kreisfreien Stadt weit reichende Folgen für die zu bildenden künftigen Landkreise und auch für die Städte selbst verbunden sind. Entsprechend vielschichtig sind die zu berücksichtigenden Belange. Die Mitglieder der Enquetekommission haben sich für eine Formulierung der Kriterien in Form einer Frage entschieden, um den Spielraum für eine Interpretation der Kriterien zu verringern. Beispielhaft seien als Kriterien genannt:

- Trägt die Einkreisung zur Schaffung einer homogenen Gesamtstruktur auf kreiskommunaler Ebene im Land bei?
- Schafft die Einkreisung eine auch im Jahr 2020 noch finanzierbare kreiskommunale Struktur?
- Trägt eine Einkreisung zur Lösung ggf. vorhandener Stadt-Umland-Probleme bzw. zur Effektivierung bestehender Stadt-Umland-Beziehungen bei?
- Welche finanziellen Folgen hat eine Einkreisung für die beteiligten kommunalen Körperschaften, für das Land und für die Bürger?

In der Sitzung der Enquetekommission am 16. Januar 2009 werden sich deren Mitglieder zudem über ein Vorwort verständigen, welches dem Kriterienkatalog einleitend vorangestellt werden soll. Dieses Vorwort soll klarstellen, dass die Kriterien zur Beantwortung der Frage nach der Einkreisung einer bisher kreisfreien Stadt aus den Leitlinien und dem Leitbild, welche der Landtag beschlossen hat, entwickelt worden sind. Die endgültige Fassung des Kriterienkatalogs wird dann als Kommissionsdrucksache veröffentlicht werden.



Der Europa- und Rechtsausschuss informierte sich in Neustrelitz und Neubrandenburg zu Fragen des Jugendstrafvollzugs und der Strafverfolgung.

Information

Europa- und Rechtsausschuss vor Ort

■ Am 3. Dezember besuchte der Europa- und Rechtsausschuss die Jugendanstalt Neustrelitz sowie die Staatsanwaltschaft Neubrandenburg, um sich über die Situation vor Ort zu informieren. Inhaltliche Schwerpunkte des Informationsaustausches waren die Umsetzung des Jugendstrafvollzugsgesetzes sowie die Organisation und Umsetzung von Aufgaben der Staatsanwaltschaft bei der Strafverfolgung.

Im Ergebnis konnten die Abgeordneten feststellen, dass sich das vor einem Jahr vom Landtag beschlossene Jugendstrafvollzugsgesetz in Mecklenburg-Vorpommern bewährt hat und im Land gut umgesetzt wird. Der Ausschuss konnte sich vom positiven Umgang mit jungen Straftätern überzeugen und lobte die Verzahnung von Erziehungsmaßnahmen, die Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten vor Ort sowie die Betreuung zur Vorbereitung der Entlassung. Ausschussvorsitzender Detlef Müller konstatierte, dass vor allem die Bildungsangebote den jungen Strafgefangenen Chancen böten, nach ihrer

Haft ein Leben in geordneten Verhältnissen zu führen und nicht wieder mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten. Als einzigartig und beispielgebend wurde die erst vor kurzem neu eingerichtete Station, die jungen Müttern im Vollzug die Betreuung ihrer Säuglinge bzw. Kleinkinder ermöglicht, bewertet.

Die in der vergangenen Legislaturperiode geäußerte Kritik an der Strafverfolgung im Lande hatte der Ausschuss zum Anlass genommen, sich in Neubrandenburg mit dem Generalstaatsanwalt sowie der dortigen Behördenleitung auszutauschen. Durch Veränderungen der Organisationsstruktur, mit der vollständigen Stellenbesetzung sowie einer verbesserten Führungskultur habe man den Problemen der Vergangenheit weitgehend abhelfen können, resümierte Generalstaatsanwalt Helmut Trost. Bei bis zu 2.700 Verfahren im Monat und mit einer durchschnittlichen Verfahrensdauer von rund zwei Monaten liegt Mecklenburg-Vorpommern mittlerweile im statistischen Mittelfeld der Bundesländer. „Der Besuch bei der Staatsanwaltschaft hat uns vor Augen geführt, dass in der Behörde gute Arbeit leistet und auf die Kritik angemessen reagiert wird“, konstatierte Ausschussvorsitzender Detlef Müller.

Niklot thront über der Stadt

Was der Wendenfürst mit den Mecklenburger Herzögen zu tun hat

■ Niklot thront gewissermaßen über der Stadt. Der mächtige Wendenfürst blickt aus luftiger Höhe von der Außenfassade des Schlosses auf Schwerin. Zugleich ist das imposante Reiterstandbild Blickfang für alle Besucher, die sich dem Landtagsitz vom Stadtzentrum her nähern.

„Er weckt zweifelsohne die Neugierde der Leute“, sagt Anette Schwarz von der Landtagsverwaltung. „Sie wollen wissen, wer der Mann war, dem ein so herausragender Platz am Schweriner Schloss eingeräumt wurde.“ Deshalb nimmt sie sich bei ihren Führungen durch das Schloss Zeit für den letzten heidnischen Herrscher, den „Urvater“ der Mecklenburger Herzöge. Hoch oben – in der zur Stadt hin offenen Niklothalle – erzählt sie gern, was sie von ihm weiß.

Das gut fünf Meter hohe Reiterstandbild, im 19. Jahrhundert vom Berliner Bildhauer Christian Friedrich Genschow geschaffen, dokumentiert an sich schon den hohen Rang, den der Slawen- oder Wendenfürst vom Stamme der Obotriten einst einnahm. „Der Stamm von Niklot gehörte zu den angesehensten unter den Wendenvölkern. Die Obotriten wurden auch die Tüchtigen genannt. Für seine Gegner galt er als typischer slawischer Tyrann. Aber er war auch ein guter Diplomat und ein Mann des Ausgleichs“, so Anette Schwarz. Sie versetzt ihre Zuhörer zurück ins 12. Jahrhundert. In die Zeit, in der sich Fürst Niklot der deutschen Machtansprüche erwehren musste. Vor allem der Welfe Heinrich der Löwe, Herzog von Sachsen und Bayern, machte ihm zu schaffen. 1147 hatte Niklot einen Wendenkreuzzug überstanden und sich erfolgreich der Christianisierung seines Volkes widersetzt. Doch als sich Heinrich der Löwe mehr

als ein Jahrzehnt später mit den Dänen zusammenschloss, musste sich Niklot geschlagen geben. Den entscheidenden Feldzug 1160 sollte der bereits Siebzigjährige nicht überleben.



Diese Geschichte erzählt Anette Schwarz wiederum gern vor dem Gemälde „Niklots Tod“, das im Schlossmuseum hängt. Seine beiden Söhne Pribislaw und Wratislaw waren von den Feinden bereits in die Flucht geschlagen worden, als der alte Fürst ein letztes Mal selbst in den Kampf zog. Nur wenige seiner Leute hätten ihn begleitet. Niklot sei alsbald auf vermeintlich harmlose sächsische Trossknechte gestoßen, die gerade dabei waren, Getreide auf Karren zu laden. Er soll als erster versucht haben, seinen Speer in den Leib eines Sachsen zu rammen. Doch Niklot war in eine Falle geraten. Denn unter dem Leinenwams trug der Knecht eine metallene Rüstung, an der die Waffe zersplitterte. Statt wehrloser Trossknechte bewaffnete Krieger, die offenbar nur auf den Angriff gewartet hatten! Niklot wurde also besiegt und fand den Tod. Der Fürst der Obotriten und Herr zu Schwerin, Quentzin und Malchow starb nach 30-jährigem Widerstand im August 1160 auf der Burg Werle bei Bützow.

„Doch die Legende um ihn lebt bis heute weiter“, betont Anette Schwarz. Zunächst gelang es seinen Söhnen, praktisch machtlos, in aller Heimlichkeit ein Heer aufzubauen. Doch auf Dauer hatten sie keine Chan-

ce gegen den Löwen. 1164 beginnt die letzte große Schlacht, der als großer Wendenaufruf in die Geschichte eingehen sollte. An deren Ende wird noch im gleichen Jahr Wratislaw auf Heinrichs Befehl in Malchow öffentlich hingerichtet. Pribislaw wurde in den östlichen Teil Mecklenburgs abgedrängt und musste schließlich auf pommersches Gebiet ausweichen. Nach der verlorenen Schlacht bei Verchen unterwarf er sich schließlich dem Löwen.

Dafür erhielt er 1167 sein väterliches Erbe als Lehen von Heinrich zurück, allerdings ohne das Gebiet der 1160 eingerichteten Grafschaft Schwerin. Als Zeichen der Versöhnung vermählte Pribislaw seinen Sohn Borwin mit einer Tochter seines Lehnherrn. Viele friedliche Jahre waren ihm dennoch nicht vergönnt. Pribislaw starb am 30. Dezember 1178 an einer Wunde – die er sich nicht etwa in einer Schlacht, sondern bei einem Turnier in Lüneburg zugezogen hatte.

Zwei Jahrhunderte später, nämlich 1358, gelangte die Grafschaft Schwerin dann durch Kauf doch noch in den Besitz der Nachfahren Niklots, die bereits 1348 zu Herzögen von Mecklenburg erhoben worden waren. Ihre Residenz verlagerten sie von der Mikelenburg bei Wismar auf die im Landesinneren liegende Schweriner Burginsel, auf der heute noch das Schloss steht, durch das Anette Schwarz ihre Besucher führt. Denen sie dann auch die Geschichte von Niklot und seinem Sohn Pribislaw erzählt – dessen Unterwerfung unter den Machtmenschen Heinrich der Löwe nicht nur das Überleben einer Dynastie sicherte, sondern auch den Grundstein legte für das Herzogtum Mecklenburg, das bis 1918 von den Nachkommen Niklots beherrscht wurde.

LESETIPP:

Paul Barz, „Heinrich der Löwe und seine Zeit“, dtv premium, ISBN 978-3-423-24676-7

Sternsinger-Empfang im Landtag

Am 12. Januar empfing Landtags-Vizepräsidentin Renate Holznagel rund 200 Sternsinger aus vielen Gemeinden Mecklenburg-Vorpommerns im Schweriner Schloss, um ihnen für ihr Engagement im Rahmen der Aktion Dreikönigssingen zu danken. Die Kinder hatten zum Jahreswechsel in ihren Heimatorten Geld für Not leidende Kinder in aller Welt gesammelt. An dem 1959 vom Kinderhilfswerk der Katholischen Kirche initiierten Dreikönigssingen beteiligen sich mittlerweile auch viele evangelische Gemeinden. In diesem Jahr stand die Aktion unter dem Motto „Kinder suchen Frieden“.

V.l.: Renate Holznagel, Dr. Norbert Nieszery (SPD-Fraktion), Dr. Armin Jäger (CDU-Fraktion), Landesbischof Dr. Hans-Jürgen Abromeit (Pommersche Evangelische Kirche), Weihbischof Norbert Werbs (Katholische Kirche).

(Adressfeld für Abonnenten)



Fotos: Angelika Lindenbeck

Sabine Zinnecker vom Dorftheater Siemitz



Fragerunde im Plenarsaal